

# Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz

*informieren – diskutieren – mitgestalten*

Handlungsempfehlungen und Maßnahmen

Zusammenfassung und Ergänzung des Abschlussberichtes zur Prüfung einer  
möglichen Übertragbarkeit der als „Liquid Friesland“ bezeichneten  
Beteiligungsplattform des Landkreises Friesland von Juni 2014



MEIN ZUHAUSE  
**LANDKREIS  
GÖRLITZ**  
WOKRJES ZHORJELC

## Was ist für Sie persönlich Bürgerbeteiligung?

„Ein weites Feld, das man beackern kann, aber mit Sicherheit das Machbare, um die Informationen an den Bürger heranzutragen, was die Verwaltung zu leisten in der Lage ist, sprich also den Bürger so zu informieren, dass der Bürger in der Lage ist, bestimmte Dinge zu analysieren, zu begreifen und sich eine Meinung zu bilden. Was unterm Strich dann zurückkommt, ist eine ganz andere Frage.“ **BBö\_007**

„Was ich unter Bürgerbeteiligung verstehe, ist einfach, dass die Bürger sich transparent in politische Prozesse einbringen können bzw. auch eigene Prozesse, die sie in ihrem Umfeld beschäftigen, selbst initiieren können.“ **BBö\_012**

„Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis oder in einer Kommune an politischen Entscheidungen, dass man sie mitnimmt, dass man versucht, auch Transparenz herzustellen und dass man aber auch Entscheidungen letzten Endes auf die Stimme des Volkes herunterbricht und sagt, wie steht ihr dazu, habt ihr euch damit beschäftigt, gebt ihr ggf. Hinweise, die die Politik so nicht sieht? Das ist, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiges Instrument geworden.“ **BBö\_011**

„Bürgerbeteiligung heißt ja zum einen erst einmal die Möglichkeit, dass es Instrumente gibt, damit sich Bürger in irgendeiner Art und Weise, wenn es jetzt um den Bereich der Öffentlichkeit, der Gemeinde oder des Kreises geht, überhaupt beteiligen können. Dass es Verfahren gibt, dass es ein Instrumentarium gibt, dass es Regularien gibt, wo man so etwas machen kann. Und zwar so unkompliziert, dass man nicht schon am Verfahren scheitert und die Leute die Lust verlieren, sondern dass sie sich in irgendeiner Art und Weise einbringen können.“ **BBö\_018**

„Der Sinn der Bürgerbeteiligung ist, die Bürger einzubeziehen in die Entscheidungsfindung“ **BBö\_002**

„Bürgerbeteiligung aus meiner Sicht ist so zu sehen, dass der Bürger ein grundsätzliches Recht hat, am kommunalpolitischen Leben teilzunehmen und insofern auch die Möglichkeit haben muss, seine Vorstellungen zu äußern. Es sollte auch eine Plattform geben, für solche bürgerschaftlichen Ideen und Anmerkungen, vielleicht auch Proteste, das gehört auch dazu.“ **BBö\_016**

„Also Bürgerbeteiligung ist für mich ein abgeschichteter Prozess, wo die Leute zu relevanten Themen, die auf ihr Leben und auf die zukünftigen Generationen Einfluss haben, tatsächlich gehört werden und sich einbringen können mit eigenem Vorschlag. Nie nach dem Prinzip, dass man sagt, also du hast jetzt hier A, B und C, mach mal ein Kreuz, sondern es heißt, sie in die Diskussion einzubinden.“ **BBö\_017**

„Aus meiner Sicht ist Bürgerbeteiligung ein wichtiges Instrument. Aber es ist immer auch eine Frage, aus welcher Haltung heraus mache ich das. Wenn es einer Haltung entspricht, die in unserer Verfassung, unserer Gemeindeordnung auch festgelegt ist, dass ich als Abgeordneter, Bürgermeister oder als Landrat dem Gemeinwohl verpflichtet bin, dann leistet man ja auch einen Eid, der einen auf Werte verpflichtet. Und wenn man diese Werte ernst nimmt, dann muss man eigentlich immer auf Seiten der Bürgerbeteiligung stehen, weil man dann nämlich versteht, dass es bei Bürgerbeteiligung darum geht, die nicht-materiellen, also ideellen Ressourcen abzurufen, die notwendig sind, um Gemeinwesen zu gestalten. Weil das Gemeinwesen eben nicht ausschließlich über das Zurverfügung-Stellen von gesetzlich geregelten Ressourcen besteht, sondern es braucht für ein gut erlebbares Gemeinwesen eben Ressourcen, die nur die einzelnen Mitglieder einbringen können.“ **BBö\_006**

„Es ist ja auf jeden Fall ein zweiseitiges Projekt natürlich. Das heißt, Bürger müssen beteiligt werden und müssen sich beteiligen.“ **BBö\_009**

„Die Erfahrungen der letzten Jahre sagen mir eigentlich, dass es fast keine Bereiche gibt, in denen man ohne Bürgerbeteiligung zukunftssträchtige Entscheidungen fällen kann. Aber ich halte nichts von einer Bürgerbeteiligung, die ins Uferlose geht, also indem man gerade fachlich eng gefasste Fragen ganz breit unter Volk schmeißt und sagt, jetzt sagt mal eure Meinung, und dann aus dem Bauch heraus eine Entscheidung gefällt wird. Ich denke, das ist eine falsche verstandene Wahrnehmung von Verantwortung.“ **BBö\_008**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2. Untersuchungsmethode</b> .....	<b>1</b>
<b>3. Bewertung von “Liquid Friesland”</b> .....	<b>2</b>
<b>4. Demokratie und Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft</b> .....	<b>3</b>
<b>5. Ergebnisse der Untersuchung und notwendige Änderungen</b> .....	<b>6</b>
<b>5.1 Vergleich der Kreistagsinformationssysteme im Freistaat Sachsen</b> .....	<b>7</b>
<b>5.2 Vergleich der Informationen der Kreistagsfraktionen und -gruppen des         Landkreises Görlitz im Internet</b> .....	<b>8</b>
<b>6. Drei Stufen zu mehr Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz</b> .....	<b>9</b>
<b>6.1 Stufe: Informieren (Vorstufe)</b> .....	<b>9</b>
<b>6.2 Stufe: Diskutieren</b> .....	<b>10</b>
<b>6.3 Stufe: Mitgestalten</b> .....	<b>11</b>
<b>7. Handlungsempfehlungen in der Drei-Stufigkeit</b> .....	<b>13</b>
<b>8. Ableitung von Maßnahmen</b> .....	<b>15</b>
<b>9. Resümee</b> .....	<b>17</b>
<b>10. Literaturverzeichnis</b> .....	<b>18</b>

## 1. Einleitung

Der Kreistag des Landkreises Görlitz will die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Vorfeld seiner Entscheidungen und Beschlüsse erweitern. Im Rahmen dieses Anliegens wurde mit dem Beschluss des Kreistages<sup>1</sup> vom 03.07.2013 der Landrat des Landkreises Görlitz damit beauftragt, eine mögliche Übertragbarkeit der als „Liquid Friesland“ bezeichneten Beteiligungsplattform des Landkreises Friesland zu prüfen. Bei Zweckmäßigkeit wurde vom Kreistag auch die Vorstellung weiterer Alternativen der Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene gewünscht.

*»ES GEHT NICHT MEHR UM  
DAS OB, SONDERN NUR  
NOCH UM DAS WIE.«*

Das Amt für Kreisentwicklung des Landkreises Görlitz erhielt somit den Auftrag der Prüfung erweiterter Bürgerbeteiligungsverfahren, in erster Linie der Online-Beteiligungsplattform „Liquid Friesland“. Eingebettet in den Rahmen der Strategiearbeit des Amtes für Kreisentwicklung, die ihre Arbeit in einer interdisziplinären Redaktionsgruppe bündelt, wurde das Themenfeld Bürgerbeteiligung mit besonderem Fokus auf Online-Beteiligungsformen untersucht. Die regional-wissenschaftliche Forschungsgruppe am Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) der Hochschule Zittau/Görlitz begleitete diese Untersuchung wissenschaftlich. Die Ergebnisse sind in diesem Bericht zusammengefasst dargestellt. Eine Langfassung des Berichtes mit ausgewählten Zitaten und umfangreichen Erläuterungen zum Thema Demokratie und Bürgerbeteiligung finden Sie unter [www.kreis-goerlitz.de](http://www.kreis-goerlitz.de) oder Sie kontaktieren uns direkt.<sup>2</sup>

## 2. Untersuchungsmethode

Eine Recherche zu bereits vorhandenen und in der Praxis erprobten Online-Beteiligungsformaten bildet die Basis der wissenschaftlichen Untersuchung. Die theoretischen Grundlagen für die Beteiligung von BürgerInnen an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen im Hinblick auf die gesamtgesellschaftlichen Umbrüche im digitalen Zeitalter bilden einen weiteren Schwerpunkt dieses Berichtes. Unter diesem Aspekt fand im November 2013 die regionalwissenschaftliche Novembertagung „Governance im gesellschaftlichen Transformationsprozess – Wandel gestalten vor Ort“<sup>3</sup> an der Hochschule Zittau/Görlitz statt. Anerkannte ExpertInnen der Transformationsforschung stellten verschiedene Aspekte einer Um- und Neugestaltung der Steuerungs- und Regelungssysteme zwischen Staat, Verwaltung und Gemeinwesen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation vor. Die Ergebnisse der Novembertagung 2013 sowie des Erfahrungsaustausches mit dem ehrenamtlichen „Liquid Friesland“-Beauftragten bildeten die Grundlage für die weitere Vorgehensweise der Untersuchung. Wesentlich für den gesamten Prozess war die Rückkopplung der Untersuchung mit den bestehenden strategischen Schwerpunkten des Landkreises Görlitz. Die abgeleiteten Handlungsempfehlungen zur zukünftigen Ausgestaltung von regionalen Partizipationsprozessen sind Bestandteil der Strategiearbeit des Landkreises Görlitz und mit der „Redaktionsgruppe Strategie“ abgestimmt.

<sup>1</sup> siehe Anhang A1 (Kreistagsbeschluss) in der Langfassung des Berichtes „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“

<sup>2</sup> siehe Impressum

<sup>3</sup> siehe Anhang A2 (Tagungsdokumentation) in der Langfassung des Berichtes „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“

## Interviewkonzept

Für die Einschätzung bisheriger Bürgerbeteiligungsinstrumente und die daraus resultierenden Erfahrungen mit deren Anwendung und Umsetzung in der politischen Arbeit im Landkreis Görlitz sowie für die Prüfung einer Erweiterung dieser Partizipationsformate entwickelte die Redaktionsgruppe Strategie des Landkreises Görlitz mit der Hochschule Zittau/Görlitz im Rahmen einer qualitativen Untersuchungsmethode einen Interviewleitfaden<sup>4</sup>. Insgesamt 18 Interviews mit ausgewählten politischen VertreterInnen und Verwaltungsangestellten des Landkreises waren geplant, 17 davon konnten realisiert werden. Von Januar bis März 2014 wurden die Interviews durch Mitarbeiterinnen der Hochschule Zittau/Görlitz mit den ausgewählten InterviewpartnerInnen geführt. Aus den Interviewaussagen konnten nicht nur erforderliche Umsetzungsaspekte für Online-Beteiligungsformate abgeleitet werden, sondern es wurde auch deutlich, dass die Auffassungen und Meinungen über die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diesem Thema unterschiedlich sind. Die Ergebnisse aus den Interviewaussagen stehen nicht repräsentativ für alle politischen VertreterInnen des Landkreises Görlitz bzw. für die VerwaltungsmitarbeiterInnen der Landkreisverwaltung, sondern sie dienen der Erhebung eines allgemeinen Meinungsbildes zur Thematik.

Die Landkreisverwaltung kann bereits auf verschiedene Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsprozessen zurückblicken. Zu nennen ist hier bspw. die erfolgreiche Einbindung von BürgerInnen in die Strategiearbeit des Landkreises. So beteiligten sich 2011 über 1.000 BürgerInnen an einer Umfrage, anhand derer strategische Entwicklungsziele für den Landkreis herausgefiltert worden sind. Die interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation, das bürgerschaftliche Engagement, die Identifikation mit dem Lebensraum und die Willkommenskultur stellen vier der insgesamt 17 strategischen Schwerpunkte der Kreisentwicklung dar, die sich aus diesem intensiven Bürgerbeteiligungsprozess ergeben haben. Bereits hier bediente sich die Landkreisverwaltung einer Mischform aus Offline- und Online-Beteiligung. Die ausführliche Analyse des Beispiels „Liquid Friesland“ enthält die Langfassung des Berichts „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“ vom Mai 2014.

### 3. Bewertung von „Liquid Friesland“

„Liquid Friesland“ ist eine von vielen Möglichkeiten der Online-Beteiligung, unterscheidet sich jedoch insofern von anderen Instrumenten, als dass hier Formen der Online-Beteiligung mit der im Landesrecht verankerten Kommunalverfassung verknüpft und somit ein rechtlicher Anspruch der BürgerInnen auf die Behandlung ihrer Anliegen gegeben ist. Jeder Vorschlag, der während der Abstimmungsphase positiv beschieden wurde, muss vom Kreistag auch behandelt werden. Durch die dauerhafte Präsenz der Beteiligungsplattform werden BürgerInnen nicht nur zu bestimmten Themen um Beteiligung im Meinungsbildungsprozess gebeten, sondern können jederzeit eigene Anliegen formulieren. „Liquid Friesland“ gewährleistet demnach Kontinuität im gegenseitigen Informations- und Austauschprozess zwischen BürgerInnen, der Verwaltung und der Politik und vereint dabei das Bottom-Up-Prinzip mit dem Top-Down-Prinzip in einem Instrument. Im öffentlichen

<sup>4</sup> siehe Anhang A3 (Interviewleitfaden) in der Langfassung des Berichtes „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“

Meinungsbild hat „Liquid Friesland“, wie auch andere Online-Beteiligungsformate, BefürworterInnen sowie GegnerInnen.<sup>5</sup>

#### 4. Demokratie und Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft

Demokratie bezeichnet heutzutage eine Staatsgewalt, die direkt oder indirekt vom Volk ausgeht. Kennzeichen moderner demokratischer Staaten sind Gewaltenteilung, freie Medien, freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatsprinzipien zur Wahrung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie Volkssouveränität<sup>6</sup>, d. h. dass die „die von den Entscheidungen betroffen sind, auch am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt werden“<sup>7</sup>. Insofern ist der demokratische Prozess als Kommunikations- und Aushandlungsprozess zu verstehen, demzufolge die Bedingungen und genutzten Verfahren zur Meinungs- und Willensbildung Konsequenzen haben für das Verständnis von Demokratie und die Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Repräsentation, Partizipation und Volksabstimmungen sind drei Säulen einer stabilen Demokratie, wobei sich diese in fortwährender Veränderung mit vielseitigen Wechselwirkungen befinden. Neben den gewählten RepräsentantInnen (Abgeordnete bzw. Parteien), die den Auftrag haben, im Interesse des Volkes Entscheidungen im Staat zu treffen, ergänzen partizipative Elemente den demokratischen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der politischen Praxis der Bundesrepublik. Das Grundgesetz erlaubt hierfür gewisse politische Teilhaberechte, wie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, das Petitionsrecht und die Möglichkeit, politische Parteien zu gründen und in diesen mitzuwirken.<sup>8</sup> Zusätzlich erlauben Landes- und Kommunalpolitik partizipationsfreundlichere Elemente, wie Beiräte, Bürgerversammlungen, Bürgerforen, Bürgerbegehren etc., in denen sich die BürgerInnen öffentlich beteiligen können.

<sup>5</sup> Weiterführende Informationen zu „Liquid Friesland“ und eine Langfassung des Berichtes „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“ finden Sie unter [www.kreis-goerlitz.de](http://www.kreis-goerlitz.de).

<sup>6</sup> vgl. Schaller, C. (2002): Demokratie ist nicht Demokratie. In: Dachs, H. / Fassmann, H. (2002): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien. öbv & hpt Verlag, Wien, S. 14-21.

<sup>7</sup> Martinsen, R. (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Marcinkowski, F. / Pfetsch, B. (2009): Politik in der Mediendemokratie, PVS Sonderheft 42, Wiesbaden, S. 37-69.

<sup>8</sup> Gabriel, O. W. (2011): Funktionen politischer Beteiligung für das politische System. Verfügbar unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/5963/pdf/gab24.pdf>, [01.09.2013]

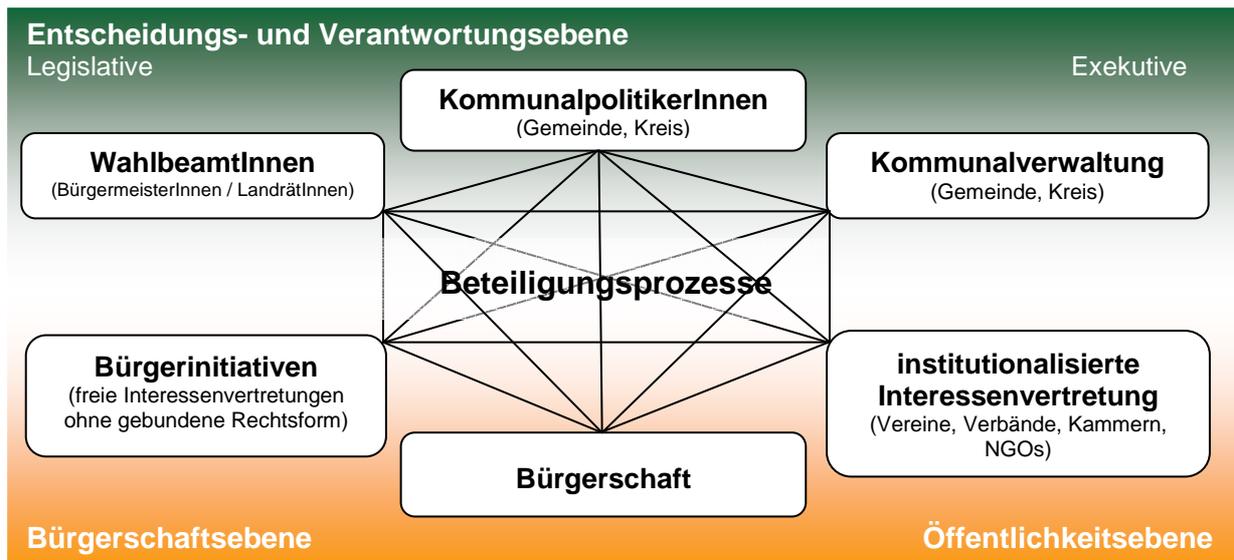


Abb. 1 Vernetzungsaktivitäten politischer Partizipation auf kommunaler Ebene

Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene bezeichnet die Beteiligung („Partizipation“) aller betroffenen und interessierten BürgerInnen an politischen Entscheidungen und administrativen Planungsprozessen. Kommunale Beteiligungsprozesse vernetzen die Ebene der EntscheidungsträgerInnen (Legislative, PolitikerInnen, WahlbeamtlInnen<sup>9</sup>) und administrativen Umsetzungsebene (Exekutive, in der Verwaltung Beschäftigte) mit der Ebene der Bürgerschaft und allgemeinen Öffentlichkeit (BürgerInnen und Interessengruppen) und formieren in ihren formellen wie informellen Strukturen unterschiedlichste Governancebeziehungen<sup>10</sup> für die Koordination politischer und gesellschaftlicher Interaktionen in Gemeinden und Landkreisen (vgl. Abb. 1).

#### Formelle Beteiligungsverfahren:

- bspw. im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen oder Planfeststellungsverfahren
- Beteiligung sogenannter Träger öffentlicher Belange (Behörden, Nichtregierungsorganisationen usw.) und Bürgerbeteiligung

#### Informelle Beteiligungsverfahren:

- nicht rechtlich verfasst
- dabei stellen Politik und Verwaltung nicht nur Informationen bereit, sondern fordern zu freiwilliger Beteiligung in Form von Stellungnahmen oder Bewertungen auf
- wird bspw. durchgeführt, um Erfahrungswissen der Beteiligten in Planungen einzubeziehen sowie ein repräsentatives Meinungsbild zu gewinnen bzw. die Akzeptanz für geplante Maßnahmen abschätzen zu können
- Themenspektrum reicht von Leitbildern für Entwicklungsstrategien bis zu möglichen Maßnahmen vor Ort, etwa zur Verkehrsberuhigung oder konkreten Bauvorhaben

<sup>9</sup> „WahlbeamtlInnen“ sind leitende BeamtlInnen einer Gemeinde, Stadt oder eines Landkreises, die durch Wahl berufen sind. Zu den kommunalen WahlbeamtlInnen zählen LandrätInnen, (Ober-)BürgermeisterInnen sowie Beigeordnete und KreisrätInnen.

<sup>10</sup> „Governancebeziehungen“ zwischen politischer und gesellschaftlicher Ebene bezeichnen allgemein das Steuerungs- und Regelungssystem im Sinne von Strukturen (Aufbau- und Ablauforganisation) zwischen gesellschaftlichen Einheiten wie Staat, Verwaltung, Gemeinde, privater und öffentlicher Organisation durch Bürgerschaft oder Institutionen.

Politische Beteiligung seitens der BürgerInnen kann zudem *passiv* (bspw. das Verfolgen politischer Nachrichten in den Medien) sowie *aktiv* erfolgen (bspw. die Auseinandersetzung mit politischen Themen im eigenen Umfeld, das Einbringen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse).

*Dabei besteht Beteiligung immer aus Teilhabe und Teilnahme: Teilhabe* ist das Recht, das eine Gesellschaft ihren Mitgliedern zugesteht, an Prozessen der Meinungsbildung mitzuwirken und bei Entscheidungen mitzubestimmen. Dabei geht Partizipation nicht ohne Machtabgabe. *Teilnahme* ist die eigenaktive Seite des Prozesses, denn die BürgerInnen müssen selbst aktiv werden, um sich die Teilhabe auch anzueignen. Dies benötigt Motivation und Engagement.

So sind Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in einem Atemzug zu nennen. Gleichzeitig müssen die BürgerInnen seitens politischer EntscheidungsträgerInnen und administrativer Verwaltungsangestellter willkommen und eingeladen sein, sich zu engagieren und zu beteiligen. Voraussetzungen sind öffentliche Informationsmöglichkeiten, beiderseits offene Kommunikationskanäle und transparente Beteiligungsstrukturen, die Teilhabe und Teilnahme ermöglichen.

Die *Betroffenheitsebene* spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die BürgerInnen sind auf Kreisebene eher interessiert und in der Lage, aufgrund der Überschaubarkeit lokaler und regionaler Entscheidungsstrukturen und der Nähe zu den politischen EntscheidungsträgerInnen selbst, formell und informell Einfluss auf politische Prozesse auszuüben, da diese Teil ihres unmittelbaren Lebensumfeldes sind. Sie haben somit besonders hier ein größeres Bedürfnis nach Teilhabe, die über die Wahlen hinausgeht.

Die *digitale Vernetzung* durch das Internet erreicht trotz fehlender flächendeckender technischer Voraussetzungen im ländlichen Raum mittlerweile weite Teile der Bevölkerung. Dies bietet interessierten NutzerInnen ein wichtiges Instrument zur räumlich und zeitlich unabhängigen Informationsgewinnung, öffentlichen Meinungsäußerung und zum diskursiven Austausch. Dies auch für demokratische Prozesse politischer Willensbildung zu nutzen, lässt den politischen Alltag repräsentativer Strukturen in ihren Entscheidungsprozessen nicht unbeeinflusst und wirft die Frage auf, inwieweit sich die politische Kommunikation der BürgerInnen verändert und wie sich das Verhältnis zwischen BürgerInnen, PolitikerInnen und der Verwaltung im digitalen Zeitalter gestalten lässt.<sup>11</sup>

Wenn es um die konkrete Ausgestaltung von politischen Kommunikationsprozessen in der digitalen Gesellschaft geht, findet man nach Jahren der öffentlichen Diskussion über die Herausforderungen der heutigen Informationsgesellschaft noch keine Einigkeit zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Woran es fehlt, wenn über E-Government, Digitalisierung, Netzwerkgesellschaft und das Internet als gesamtgesellschaftliches Phänomen gesprochen wird, ist das Verständnis für das Zusammenspiel der strukturellen Logik und der Gestaltungsräume, die sich hiermit für alle Beteiligten auf tun (siehe Abb. 2).<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Detaillierte Informationen zum Thema Bürgerbeteiligung und Demokratie finden Sie in der Langfassung des Berichtes „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“ unter [www.kreis-goerlitz.de](http://www.kreis-goerlitz.de).

<sup>12</sup> vgl. Müller, P. (2014): Eine offene Bürgergesellschaft. In: Kompetenzzentrum Öffentliche IT, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS (Hrsg.) (2014): Menschen in der digitalen Gesellschaft, S. 6.



Abb. 2 Grundsätzliche Prinzipien einer Informationsgesellschaft

## 5. Ergebnisse der Untersuchung und notwendige Änderungen

Die Benennung klarer Änderungsnotwendigkeiten in der gegenwärtigen politischen Praxis im Rahmen der Interviews lässt auf das vorhandene Bewusstsein bei den befragten politischen VertreterInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen schließen, dass transparentere Strukturen, öffentliche Informationskanäle und allgemein verständliche Kommunikation grundlegend notwendig sind für eine Verständigung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft auf Kreisebene, wenn die vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten im erwarteten oder gewünschten Maß genutzt werden sollen. Die Auswertung aller Interviews ergab, dass nach Einschätzung der Interviewten wichtige Grundvoraussetzungen für eine Bürgerbeteiligung im eigentlichen Sinne noch nicht oder nur ungenügend vorhanden sind.

Der Landkreis und seine Kommunen brauchen engagierte BürgerInnen, um den gesellschaftlichen und strukturellen Wandel tragfähig zu gestalten. Es gilt, einen eigenen Weg, angepasst an die Bedingungen und Notwendigkeiten im Landkreis Görlitz, zu entwickeln und zu realisieren. Hierbei sollten der Landkreis und seine Kommunen an einem Strang ziehen und das Thema Bürgerbeteiligung zu einem gemeinsamen Zukunftsthema machen. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement sind zentrale Schlüsselinstrumente zur Sicherung der Daseinsvorsorge und strategischer Schwerpunkt des Landkreises.

Erforderlich hierfür ist ein echter und nachhaltiger politischer Wille zu einem langfristigen Lernprozess, welcher Zeit, Geduld, Geld und weitere Ressourcen beansprucht. In der Pflicht sind dabei nicht nur die Verwaltung, sondern auch die politischen MandatsträgerInnen. Neben einem umfassenden Kreistagsinformationssystem, das über die Arbeit des Kreistages informiert sowie Anfragen, Vorlagen und Beschlüsse veröffentlicht, sind die einzelnen Fraktionen und Gruppen des Kreistages zu verbesserter Information durch mehr Transparenz angehalten.

## 5.1 Vergleich der Kreistagsinformationssysteme im Freistaat Sachsen

Die folgende Tabelle zeigt, inwieweit die anderen Landkreise in Sachsen bereits über ein umfassendes und öffentlich zugängliches Kreistagsinformationssystem verfügen.<sup>13</sup>

Landkreise Freistaat Sachsen	Kreistags- informations- system		Informationen über Kreisträtinnen ✓ namentlich genannt ✓✓ namentlich mit Kontaktdaten genannt ✓✓✓ namentlich mit Kontaktdaten u. Foto genannt	Veröffentlichung von (x – ja)		
	Zugang für Bürger- Innen	Zugang für Kreisträt- Innen		Tagesord- nung der Kreistags- sitzung	Vorlagen	Beschlüssen
Bautzen	✓	✓	✓✓ <a href="http://www.landkreis-bautzen.de/4463.html">http://www.landkreis-bautzen.de/4463.html</a>	✓	✓	✓
Erzgebirgskreis	✓	✓	✓✓✓ (nicht vollständig) <a href="http://www.ris-erzgebirgskreis.de/">http://www.ris-erzgebirgskreis.de/</a>	✓	✓	✓
Görlitz	-	-	✓(tw. mit Bild) <a href="http://kreistag.landkreis.gr/">http://kreistag.landkreis.gr/</a>	✓	-	-
Leipzig	✓	✓	✓ <a href="http://www.landkreisleipzig.de/kreistag.html">http://www.landkreisleipzig.de/kreistag.html</a> / <a href="http://www.lk-l.info/">http://www.lk-l.info/</a>	x (mit An- meldung)	x (mit An- meldung)	x (mit Anmeldung)
Meißen	✓	✓	✓✓ <a href="http://www.kreis-meissen.org/72.html">http://www.kreis-meissen.org/72.html</a> • Gruppenfoto aller Kreistagsmitglieder • PDF-Dok. mit den Infos zu den Fraktionen und den Gruppierungen ohne Kontaktdaten und Fotos • Link zu den Homepages der Fraktionen • Ratsinformationssystem als Datenbank <a href="https://ira-meissen.more-rubin1.de/recherche.php">https://ira-meissen.more-rubin1.de/recherche.php</a>	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit Anmeldung)
Mittelsachsen	✓	✓	✓✓ • Vorstellung der KreisträtInnen mit Foto, Text, aber ohne Kontaktdaten (pdf Dok.) <a href="http://landkreis-mittelsachsen.de/1764.html">http://landkreis-mittelsachsen.de/1764.html</a>	-	-	✓
Nordsachsen	✓	✓	✓✓✓ <a href="http://info.landkreis-nordsachsen.de/sessionnet/bi/infobi.php">http://info.landkreis-nordsachsen.de/sessionnet/bi/infobi.php</a> (Bürgerinformationssystem)	✓	✓	✓
Sächsische Schweiz-Osterz- gebirge	✓	✓	✓✓✓ <a href="http://www.landratsamt-pirna.de/kreistag.html">http://www.landratsamt-pirna.de/kreistag.html</a> <a href="https://landratsamt-pirna.more-rubin1.de/">https://landratsamt-pirna.more-rubin1.de/</a> (Bürger- und Ratsinformationssystem)	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit Anmeldung)
Vogtlandkreis	-	-	✓ nur Auflistung der Namen mit E-Mail- Kontakt <a href="http://www.vogtlandkreis.de/shownews.php?id=2256">http://www.vogtlandkreis.de/shownews.php?id=2256</a>	-	-	-
Zwickau	-	-	✓✓ • nur Auflistung der Namen und Fotos, keine individuellen Kontaktdaten, nur über Fraktionen bzw. Gruppierungen <a href="http://www.landkreis-zwickau.de/5598.html">www.landkreis-zwickau.de/5598.html</a>	✓	-	✓

<sup>13</sup> Stand 21.05.2014

## 5.2 Vergleich der Informationen der Kreistagsfraktionen und -gruppen des Landkreises Görlitz im Internet

Im Folgenden ist anhand ausgewählter Kriterien ein Überblick über die derzeitige Informationsbasis der Kreistagsfraktionen und -gruppen im Landkreis Görlitz zusammengefasst.<sup>14</sup>

LK Görlitz	Internetauftritt Zugang		Informationen über KreisrätInnen ✓ namentlich genannt ✓✓ namentlich mit Kontaktdaten genannt ✓✓✓ namentlich mit Kontaktdaten u. Foto genannt	Informationen über Kreistagsarbeit (✓ – ja)		
	Zugang für Bürger- Innen	Zugang für Kreis- rätInnen		keine eigenen Anfragen, Redebeiträge oder Anträge eingestellt -	eigene Anträge, Redebeiträge oder Anfragen eingestellt ✓✓✓	Infos über die Kreistags- arbeit allgemein
CDU- Fraktion	✓	-	✓(✓)✓ Foto, Geburtsdatum, allgemeine Kontaktadresse	- wenig Infos aus der Kreistagsarbeit, <a href="http://www.cdu-kreistagsfraktion-goerlitz.de">http://www.cdu-kreistagsfraktion-goerlitz.de</a>	-	-
Fraktion Die LINKE	✓	✓	✓(✓)✓ Vorstellung mit Bildern, aber tw. unvollständige einzelne Kontaktdaten	✓✓✓ aktuell und umfangreich, <a href="http://www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de/kreistag/berichte/">http://www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de/kreistag/berichte/</a>	✓	✓
Fraktion Freie Wähler	✓	✓	✓(✓)✓ Vorstellung mit Bildern, Kontaktdaten zu den einzelnen KreisrätInnen tw. über Publikationen	✓✓✓ aktuell und umfangreich <a href="http://www.fw-kreistag-goerlitz.de">www.fw-kreistag-goerlitz.de</a>	✓	✓
SPD- Fraktion	✓	-	✓ nur namentliche Nennung, Kontaktadresse über das Regionalbüro in Görlitz	- aktuelle Termine zum Wahlkampf, <a href="http://www.spd-neisse.de/index.php?mod=content&amp;menu=5&amp;page_id=1693">http://www.spd-neisse.de/index.php?mod=content&amp;menu=5&amp;page_id=1693</a>	-	-
FDP- Fraktion	✓	✓	✓ namentliche Nennung, nur tw. Bilder und direkte Kontaktdaten	- aktuell, Termine zum Wahlkampf <a href="http://www.fdp-goerlitz.info/fraktion_kreistag.php">http://www.fdp-goerlitz.info/fraktion_kreistag.php</a>	-	-
Gruppe NPD	✓ eingeschränkt	-	-	- keine Infos zum Thema Kreistag Görlitz <a href="http://www.npd-goerlitz.de">www.npd-goerlitz.de</a>	-	-
Gruppe Bd. 90 / Grüne	✓	✓	✓(-)✓ Fotos und Beschreibungen, keine individuellen Kontaktdaten	- aktuell, umfangreiche Infos <a href="http://www.gruene-goerlitz.de">www.gruene-goerlitz.de</a>	(✓)	(✓)
Wähler- gemeins- chaft KJiK	✓	-	✓-✓ nur für Wahlvorschläge	- <a href="http://www.kjik.de/">http://www.kjik.de/</a>	-	-
Gruppe DSU	✓	✓	✓(✓)✓ Fotos sowohl Gruppe als auch einmal individuell, keine individuellen Kontaktdaten	- <a href="http://dsu-kreistag-goerlitz.npage.de/index.html">http://dsu-kreistag-goerlitz.npage.de/index.html</a>	-	-

Die Informationsbasis der einzelnen Fraktionen und Gruppen des Kreistages des Landkreises Görlitz ist derzeit sehr unterschiedlich. Empfohlen wird die Einführung eines öffentlichen und grundlegend informierenden Kreistagsinformationssystems für den gesamten Kreistag.

<sup>14</sup> Stand 21.05.2014

## 6. Drei Stufen zu mehr Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz

Die Initiierung einer Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz wird in drei Stufen, inhaltlich aufeinander aufbauend und zeitlich nacheinander, erfolgen.



Die drei Stufen unterscheiden sich dabei in der Intensität, mit der die BürgerInnen beteiligt werden. Diese nimmt von Stufe zu Stufe kontinuierlich zu. Auf der 1. Stufe „Informieren“, auch Vorstufe genannt, werden zunächst wichtige Grundlagen geschaffen für öffentliche und niedrigschwellige Informationsmöglichkeiten. Mit der 2. Stufe treten politische VertreterInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und BürgerInnen in einen aktiven Kommunikations- und Austauschprozess, um die bestehenden Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten zu „diskutieren“ und gemeinsam neue Formate zu entwickeln. Erst auf der 3. Stufe geht es um die eigentliche Bürgerbeteiligung, das „Mitgestalten“ (Handeln) mit Hilfe neuer Beteiligungsinstrumente und anhand konkreter Themen.

Zeitlich orientiert sich der dreistufige Prozess an Rahmenplanungen zur Weiterentwicklung der Strategiearbeit im Landkreis Görlitz und der Erstellung des Regionalplanes Oberlausitz-Niederschlesien bis 2017.

In der vorliegenden Zusammenfassung wird sich daher neben den allgemeinen Schritten zur Umsetzung der Bürgerbeteiligung zunächst v. a. auf die 1. Stufe, das „Informieren“ konzentriert. Ein zweiter Bericht konkretisiert dann die Maßnahmen auf Stufe 2 „Diskutieren“. Während dieser Phase soll eine Evaluation des Ergebnisberichtes sowie der Strategiebefragung des Landkreises Görlitz von 2011 erfolgen, der auch eine Bürgerbefragung zu den Vorstellungen einer wirkungsvollen Bürgerbeteiligung zum Gegenstand hat. Diese Berichte und Ergebnisse werden dann in die Entwicklung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes fließen, welches in Stufe 3 „Mitgestalten“ umgesetzt wird.

### 6.1 Stufe: Informieren (Vorstufe)

Die Landkreisverwaltung informiert die BürgerInnen bisher über das Landkreisjournal (monatlich an alle Haushalte), Aushänge an den Verwaltungsstandorten, Pressemitteilungen, Pressegesprächen und das Regionalfernsehen. Diese Medien können nur im jeweils eingeschränkten Rahmen genutzt werden. Grundlage für politische Partizipation ist aber die Schaffung transparenter Kommunikationsstrukturen und öffentlicher Informationssysteme für alle BürgerInnen, denn allgemein verständliche Kommunikationskanäle sind unbedingt notwendig für eine Verständigung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft auf Kreisebene. Das Internet bietet darüber hinaus weitere Möglichkeiten, wie E-Government, Elektronische Akte oder IT-basierte

Kreistagsinformationssysteme, deren Nutzung zeitlich und räumlich unabhängig und somit für einen Flächenlandkreis wie Görlitz von besonderer Bedeutung sind. Dies ermöglicht eine Ansprache der Öffentlichkeit in ihrer gesamten Bandbreite, wobei der Kreis der Beteiligten unbeschränkt ist. Alle BürgerInnen zwischen Bad Muskau und Oybin, Görlitz und Oppach erhalten die Chance, die Arbeit von Verwaltung und Politik auf Kreisebene besser wahrnehmen und Entscheidungen besser nachvollziehen zu können. Dies bedingt aber gleichzeitig den Ausbau einer leistungsfähigen, flächendeckenden Internetanbindung über Breitband im gesamten Landkreis.

Auf dieser Vorstufe der Partizipation teilen die EntscheidungsträgerInnen den BürgerInnen mit, über welche Themen verhandelt wird und begründen, welche politischen Handlungsmöglichkeiten zum Tragen kommen. Jedoch werden die BürgerInnen in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess selbst nicht aktiv einbezogen. Es erfolgt an dieser Stelle keine Rückmeldung von der Öffentlichkeit, es findet kein Meinungsaustausch, kein Dialog statt.<sup>15</sup> Die BürgerInnen können lediglich formale Widerspruchsverfahren oder informelle Proteste nutzen, um ihre gegensätzliche Meinung öffentlich zu machen. Wichtig für die gesellschaftliche Akzeptanz ist es daher, seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen und administrativ Verantwortlichen deutlich zu machen, dass es sich hierbei um die grundlagenschaffende erste von drei Stufen handelt, deren Umsetzungen Schritt für Schritt das Ziel ist.

Zur Informationsgrundlage gehören dabei auch transparente und verständliche Strukturen, welche Methoden und Verfahren den BürgerInnen in welchem Zusammenhang auf Kreisebene zur Beteiligung zur Verfügung stehen, mit detaillierten Anleitungen, wie sie diese im konkreten Bedarfsfall nutzen können. Zu diesen Methoden und Verfahren gehören bspw. Wahlen, Bürgersprechstunden, Petitionen, Informationen über Planungsverfahren und Widerspruchsrechte.

## 6.2 Stufe: Diskutieren

Im Rahmen der Strategieentwicklung für den Landkreis Görlitz erfolgte 2011 eine Befragung von ExpertInnen, Kommunen und BürgerInnen. Im Ergebnis der Befragung wurden die Stellschrauben und wichtigsten Handlungsfelder für den Landkreis ermittelt. Eine Evaluation der Strategiearbeit, verbunden mit einer erneuten aktivierenden Befragung, bspw. zu Sinn und Nutzen, zum Umfang und den Methoden einer Bürgerbeteiligung, könnte im Rahmen dieser zweiten Stufe erfolgen. Die Kreisentwicklung wird auch weiterhin zu speziellen Themen, gemeinsam mit der Hochschule Zittau/Görlitz, die Öffentlichkeit in Prozesse einbeziehen.

*»BEI PARTIZIPATION IST  
QUALITÄT WICHTIGER ALS  
QUANTITÄT.«*

Denn mehr BürgerInnen in die politische Praxis auf Landkreis- und kommunaler Ebene einbeziehen zu wollen, heißt, zu überprüfen, welche bisherigen Informationsgrundlagen und Instrumente zur Beteiligung zur Verfügung stehen und wie diese bisher genutzt werden, welche nicht und warum. Und andererseits: Wie können neue technische und andere Möglichkeiten der (digitalen) Gesellschaft genutzt werden, um BürgerInnen die Möglichkeiten der Information, Diskussion und Mitgestaltung an Meinungsbildungsprozessen und politischen Entscheidungen besser zu vermitteln und zur Teilhabe und Teilnahme zu motivieren?

<sup>15</sup> vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft / Bundeskanzleramt (Hrsg.); Arbter, K. (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Praxisleitfaden, Wien, S. 30.

In dieser Stufe sollen deshalb Diskussionen in der Öffentlichkeit angeregt werden, um die Meinungen vieler BürgerInnen und Interessengruppen zu erfassen und bei der Entwicklung eines „Bürgerbeteiligungskonzeptes“ einbeziehen zu können. Dies ist grundlegend für dessen gesellschaftliche und politische Akzeptanz. Dementsprechend gilt es auf dieser Stufe, divergierende Interessen im Dialog zu vermitteln und gemeinsame Meinungsannäherungen zu erzielen.

### 6.3 Stufe: Mitgestalten

Die Formulierung des politischen Willens zur Umsetzung des entwickelten „Bürgerbeteiligungskonzeptes“ und die Bereitstellung notwendiger Ressourcen zum Aufbau und kontinuierlichen Betrieb einer

*»NIEMAND WIRD ALS  
DEMOKRAT GEBOREN.  
DEMOKRATIE KANN  
GELERNT, ABER NICHT  
GELEHRT WERDEN.«*

Beteiligungsplattform auf Kreisebene ermöglicht es auf der 3. Stufe, gemeinsam Gestaltungsprozesse in einem Modellvorhaben zu erproben und weiter auszubauen. BürgerInnen werden dabei aktiv bei der „Problemdefinition“ und der Entwicklung politischer Lösungen einbezogen. Die EntscheidungsträgerInnen gewähren den BürgerInnen Mitspracherecht bei politischen Prozessen; die letztendliche Entscheidungsgewalt obliegt aber den gewählten RepräsentantInnen oder zuständigen Verwaltungsgremien. Dies setzt Kenntnisse und Motivation seitens der Bürgerschaft voraus, die nicht zuletzt mit der Qualität der Beteiligungsverfahren selbst sowie auch der Qualität der Mitwirkung einhergehen. Ein mögliches Modellverfahren für eine Online-Beteiligungs-Plattform auf Kreisebene kann die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes Oberlausitz-Niederschlesien sein.

Von einer „Beteiligungskultur“ im Landkreis Görlitz kann dann gesprochen werden, wenn Beteiligung nicht nur punktuell ermöglicht wird, sondern dauerhafter und verlässlicher Bestandteil kommunaler Entscheidungsprozesse ist.

Was die Beteiligung bewirkt, wie mit deren Ergebnissen umgegangen wird, ist dabei von entscheidender Relevanz für alle Beteiligten. Erfolgsfaktoren für die Qualität und den Wirkungsgrad sind die Dimensionen Konzeptqualität, Prozessqualität, Strukturqualität, Ergebnisqualität und Zugewinnqualität.<sup>16</sup>

### Fazit

Zusammenfassend lassen sich folgende Kriterien für erfolgreiche Partizipationsprozesse eruieren:

- die politischen EntscheidungsträgerInnen stimmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu und tragen den Beteiligungsprozess mit
- Betroffenheit und Interesse der BürgerInnen am Thema
- Gestaltungsspielraum ist vorhanden, die Entscheidungen sind noch nicht gefallen
- klare Regelung, wer am Ende die Entscheidung trifft
- zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen stehen zur Verfügung<sup>17</sup>
- Information, Transparenz und Offenheit zwischen allen Beteiligten

<sup>16</sup> Weiterführende Informationen finden Sie in der Langfassung „Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz“ unter [www.kreis-goerlitz.de](http://www.kreis-goerlitz.de).

<sup>17</sup> vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft / Bundeskanzleramt (Hrsg.); Arbter, K. (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Praxisleitfaden, Wien.

- Einfachheit des Zugangs für Zielgruppen
- Sicherheit von Daten und Verlässlichkeit im Verfahren
- Verbindung von E-Partizipation und Partizipation
- Wirtschaftlichkeit und Aufwand
- bestehende Erfahrungen und Bereitschaft zu Experimenten
- Attraktivität von Partizipationsmethoden
- Interesse aller Beteiligten am Prozess und seinen Ergebnissen<sup>18</sup>

Alle Kriterien sind in allen Stufen der Bürgerbeteiligung entscheidend für den Erfolg des Prozesses.

---

<sup>18</sup> Identifizierung durch eine Umfrage der Hochschule Harz und der Unternehmensberatung Materna bei 118 Verwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Vgl. Stiftung Digitale Chancen / Institut für Informationsmanagement Bremen (2011): Leitfaden Bürgerbeteiligung - barrierefrei erfolgreich, Bremen, S. 45 ff.

## 7. Handlungsempfehlungen in der Drei-Stufigkeit

Ordnet man die Handlungsempfehlungen aus der Prüfung der Übertragbarkeit von „Liquid Friesland“ auf den Landkreis Görlitz und dessen Rückschlüsse den einzelnen Stufen zu, kann man daraus die konkreten Maßnahmen ableiten.

### 1. Stufe: Informieren (Vorstufe)

- **Konkreten politischen Willen formulieren für internetbasierte Informationsangebote für alle BürgerInnen im Landkreis Görlitz.**
- **Breitbandausbau im gesamten Landkreis**, um gleichwertige Zugangsvoraussetzungen für alle BürgerInnen und somit die Grundvoraussetzungen zur digitalen Partizipation zu schaffen.
- **Kontinuierliches Informationssystem auf Kreisebene** als Grundlage für transparente Kommunikation und Information der BürgerInnen zur politischen Arbeit des Kreistages und seiner Ausschüsse einrichten.
- **Umsetzung eines bürgernahen und verständlichen E-Governments auf Kreisebene**, als räumlich unabhängiges und zeitlich flexibel nutzbares digitales Informations- und Kommunikationssystem zwischen BürgerInnen und Landkreisverwaltung.
- **Einrichtung eines öffentlichen und internetbasierten Kreistagsinformationssystems**, welches über formale Tagesordnungen, die Dokumentation von Beschlüssen und Terminankündigungen hinausgehend auch zur politischen Arbeit der gewählten KreisrätInnen, Ausschüsse und ihre aktuellen Themenschwerpunkte informiert.
- **Detaillierte Informationen über bestehende formelle wie informelle Beteiligungsmöglichkeiten und Bürgerbeteiligungsverfahren im Kreis öffentlich machen**, Transparenz ihrer strukturellen Einbindung sowie ihrer definierten Zielstellungen und Handlungsspielräume verdeutlichen.

### 2. Stufe: Diskutieren (Grundlage)

- **Öffentliche Debatte führen über die zur Verfügung stehenden Informationskanäle und Kommunikationswege** zwischen BürgerInnen und kommunalen VolksvertreterInnen und Verwaltung.
- **Evaluation der Qualität bestehender und hinzukommender Beteiligungsinstrumente** hinsichtlich Aufwand, Nutzen und Wirkungsgrad für BürgerInnen, die Administration und die politische Arbeit anhand von definierten Qualitätsstandards.
- **Konkreten politischen Willen zu mehr Bürgerbeteiligung auf Kreisebene formulieren.**
- **„MultiplikatorInnen“ in allen Beteiligungsebenen gewinnen**, um alle politischen, administrativen und gesellschaftlichen Ebenen des Landkreises Görlitz bei der Entwicklung eines Konzeptes zu „mehr“ Bürgerbeteiligung integrieren zu können.
- **Ermittlung der vorhandenen Potenziale seitens der BürgerInnen für „mehr“ Beteiligung auf Kreisebene**, anhand eines konkreten Beispiels, dass durch die Bürgerschaft mit großem Interesse aufgenommen wird und dessen Ergebnisse von den politischen EntscheidungsträgerInnen einbezogen werden.
- **Ausarbeitung erweiterbarer Beteiligungsfelder auf Kreisebene mit klar definiertem Beteiligungsrahmen** über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinausgehend.
- **Kommunalrechtliche Prüfung der Handlungsspielräume für „mehr“ Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz.**
- **Entwicklung eines verbindlichen, mehrstufigen Aktionsplanes für „mehr“ Bürgerbeteiligungsprozesse im Landkreis Görlitz** unter Einbeziehung der BürgerInnen.

### 3. Stufe: Mitgestalten (Bürgerbeteiligung)

- **Gemeinsame Ausgestaltung transparenter Kommunikationskanäle zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen auf Kreisebene** innerhalb einer in Strukturen klar definierten und von Kontinuität geprägten Rahmgestaltung ("keine Einbahnstraße").
- **Weiterentwicklung demokratischer Elemente zur Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft auf kommunaler Ebene**, sowohl als offline- als auch online-Formate.
- **Klare Zielstellungen, Themenfelder, Rahmenbedingungen und Grenzen für „mehr“ Bürgerbeteiligung auf Kreisebene bestimmen**, um realisierbare Erwartungen für alle Beteiligten in Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu ermöglichen.
- **Initiierung eines digitalen Entwicklungs- und demokratischen Lernprozesses auf regionaler Ebene** durch Einrichtung einer Strukturebene für politische Bürgerbeteiligungsverfahren im Landkreis Görlitz als sogenannten „demokratischen Lernhandlungsraum“ für alle Beteiligten.
- **Vernetzung und Austausch zwischen Politik, BürgerInnen und Verwaltung auf Kreisebene verstetigen** durch Aufbau kontinuierlicher Beteiligungsstrukturen mit verbindlichem Regelwerk.
- **Notwendige finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen**, um Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Vorbereitung, Organisation und Koordination konkreter Umsetzungen von Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene zu ermöglichen.
- **Beauftragung einer zuständigen Struktureinheit für die Entwicklung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes für den Landkreis Görlitz als Querschnittsaufgabe**, welche die regionalen, technischen, sozialen und rechtlichen Voraussetzungen berücksichtigen kann.
- **Online-Beteiligungsplattform als Ergänzung zu bisherigen Beteiligungsinstrumenten verstehen**, die in einem umfassenden Bürgerbeteiligungskonzept gebündelt werden sollten.
- **Keine 1:1 Übertragung bestehender Formate**, sondern Anpassung an die regionalen Voraussetzungen und Besonderheiten unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Regionen.
- **Kooperative Zusammenarbeit mit Kommunen im Landkreis Görlitz**, welche unterschiedliche Bürgerbeteiligungsverfahren bereits entwickeln bzw. umsetzen.
- **Erfahrungsaustausch mit anderen Landkreisen hinsichtlich ihrer Entwicklungspraxis zu „mehr“ Bürgerbeteiligung suchen**.
- **Gewährleistung von Datenschutz und sicherem Datenaustausch durch den Staat** ist zwingende Voraussetzung auch für die Weiterentwicklung der öffentlichen IT-Strukturen.
- **Regeln zu Kontinuität und Verbindlichkeiten für Online-Bürgerbeteiligung auf Kreisebene festlegen**: Politische Legitimation, definierter rechtlicher Rahmen, berechenbare Strukturen, transparente Handlungsfolgen, u. a. m.
- **Klassifizierung einzelner Zielgruppen für politische Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz** anhand ihrer Interessenlagen, Motivationen, Engagementbereitschaft und gegebenen Voraussetzungen für konkrete Beteiligungsverfahren.
- **Zielgruppenspezifische Qualifizierungsangebote für alle Beteiligten schaffen**, um sicherzustellen, dass BürgerInnen unterschiedlicher Altersgruppen, sozialer Milieus, technischer Grundlagenkenntnisse usw. wie auch PolitikerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen über die erforderlichen methodischen, kommunikativen, organisatorischen und sachbezogenen Kompetenzen für die Teilnahme am Partizipationsvorhaben verfügen.
- **MultiplikatorInnen für online- wie offline-Bürgerbeteiligungsverfahren in verschiedenen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen gewinnen**, um ein breites Beteiligungsnetzwerk und somit eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz und öffentliche Nutzung zu fördern.
- **Beteiligungsverfahren entwickeln, die den BürgerInnen auch selbstinitiierte proaktive Partizipation ermöglicht**, für einen kontinuierlichen Austausch mit Verwaltungsinstitutionen und politischen Gremien im Landkreis (= „Neue Beteiligungskultur“).

## 8. Ableitung von Maßnahmen

Die Formulierung des politischen Willens seitens Kreistag und politischer EntscheidungsträgerInnen ist Grundvoraussetzung für die Bürgerbeteiligung.

### Stufe 1: Informieren

Information und Publikation von Seiten der Verwaltung (E-Government) und des Kreistages (internetbasiertes Kreistagsinformationssystem) sowie der Ausbau des Breitbandnetzes sind als drei parallele Handlungsebenen zu verstehen, deren einzelne Umsetzungsmaßnahmen unabhängig voneinander erfolgen können.

#### → Maßnahmen für Landkreisverwaltung

- Zunächst Weiterführung der aktiven Bürgerbeteiligungsprozesse, wie bisher zu speziellen Themen (Planungsprozesse, Funklöcher, Strategieentwicklung) bis zu deren Einbindung in ein umfassendes „Bürgerbeteiligungskonzept“.
- Informationen zum Haushalt des Landkreises öffentlich zugänglich auf Landkreisportal bereitstellen.
- Neue Informationszugänge zum/zur BürgerIn aktivieren: Infobriefe per E-Mail, Nutzung sozialer Medien, E-Akte, Übertragung von Ansprachen des Landrates (z. B. Neujahrsempfang) in Internet und Regionalfernsehen.
- Verbesserung der Informationsstrukturen, Kommunikationsketten schaffen zwischen Kreistagsinformationssystem, Landkreisjournal, sozialen Medien, Geoinformationssystem, Landkreis-Wiki, Marketing, Kommunikation / Pressestelle, Arbeit der Ämter.
- Steuerung der Vernetzung aller Dialog-Ebenen (BürgerInnen, Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft, Stiftung).
- Kooperation mit Städten und Gemeinden zum Ausbau des Breitbandnetzes (gemeinsames Strategisches Konzept, Zusammenarbeit in den LEADER-Prozessen).

#### → Maßnahmen für Kreistag und politische Entscheidungsträger

Einführung eines internetbasierten Kreistagsinformationssystems

- Information über Struktureinheiten, Aufgaben und Funktionsweisen des Kreistags und seiner Gremien
- Informationsfreigabe (Inhalte / Person)
- Kontinuierliche Informationen über Arbeitsthemen und Ergebnisse des Kreistages und der Ausschüsse
- Kreistagsabgeordnete als direkte AnsprechpartnerInnen für die BürgerInnen benennen

#### → Prüfung von Förderung und Zuschüssen für den Ausbau des Breitbandnetzes als Ausgleich der besonderen Situation und dem damit einhergehenden Mehraufwand

## **Stufe 2: Diskutieren**

Um in der zweiten Stufe nicht nur die Diskussion zwischen Landkreisverwaltung und Politik fortzuführen, müssen in den Handlungsebenen die Maßnahmen abgeschlossen sein.

### **→ Evaluation des Ergebnisberichtes 2012**

- Schwerpunkt ist eine Bürgerbefragung zu den Vorstellungen von Bürgerbeteiligung; Was wird bisher genutzt? Zu welchen Themen soll Bürgerbeteiligung erfolgen? Wie stellt man sich künftig Bürgerbeteiligung vor? In welcher Form soll Bürgerbeteiligung erfolgen?

### **→ Erarbeitung eines Aktionsplanes für mehr Beteiligungspraxis von BürgerInnen im Landkreis**

- Verbesserung vorhandener mündlicher und schriftlicher Kommunikationskanäle zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft und Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligungsverfahren (Aktivierende Befragung, BürgerInnenversammlung, Internet-Foren, Kommunikation über Soziale Netzwerke, Interviews, Planungszellen, Runde Tische, Zukunftswerkstätten, usw.)
- Initiierung neuer Beteiligungsformate (online und offline) für Meinungsbildungsprozesse, bspw. für einen öffentlichen themenbezogenen Diskussionsprozess mit den BürgerInnen zu speziellen Themen, im Rahmen dessen unter anderen Stellungnahmen von BürgerInnen während des Abwägungszeitraums ebenso öffentlich gemacht werden wie rechtlich und politisch bindende Entscheidungsgrundlagen.

## **Stufe 3: Mitgestalten**

Durch die in Stufe 1 und 2 geschaffenen Grundlagen können die BürgerInnen in den aktiven Gestaltungsprozess einbezogen werden.

### **→ Gemeinsame Verpflichtung von Kreistag und Landratsamt**

zur Entwicklung und Umsetzung eines „Bürgerbeteiligungskonzeptes“, kontinuierlicher Rahmenbedingungen (finanzielle, personelle Ressourcen) und verbindlicher Verfahrensweisen (Zuständigkeiten, strukturelle Verfasstheit / Anbindung).

### **→ Initiierung einer allgemein verständlichen Beteiligungsplattform im Landkreis**

als kontinuierliches Kommunikationsinstrument zur Verbesserung der Kooperation zwischen Öffentlichkeit, politischen EntscheidungsträgerInnen und Verwaltung.

### **→ Erprobung und Verbesserung der Beteiligungspraxis**

anhand eines konkreten Beispiels / Modellverfahrens (bspw. BürgerInnenbeteiligung im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes Oberlausitz-Niederschlesien).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass...

- ...Bürgerbeteiligung handelnde Personen braucht und Geld kostet.
- ...die politische Begleitung mit Augenmaß und Umsetzungswillen notwendig ist.
- ...die finanzielle Verankerung in der Haushaltsplanung Grundlage ist.
- ...das Umdenken aller PartnerInnen und Organisationen notwendig ist.
- ...eine neue Qualität entstehen muss.
- ...die politische Kultur sich verbessern muss.

## 9. Resümee

Die Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz ist im Zuge der Digitalisierung der Gesellschaft und den modernen technischen Möglichkeiten auch im Hinblick auf den großen Flächenlandkreis eine wichtige zukünftige Aufgabe. Durch eine qualitätsvolle und regionale Bürgerbeteiligung kann das bürgerschaftliche Engagement gestärkt und auch die Identifikation mit dem Landkreis verbessert werden.

### Qualitätsvolle Bürgerbeteiligung kann

- die Nachvollziehbarkeit, die Akzeptanz und die Qualität von Entscheidungen erhöhen,
- das Verständnis für andere Meinungen und den Interessenausgleich unterstützen,
- breitere Entscheidungsgrundlagen für EntscheidungsträgerInnen hervorbringen,
- das Vertrauen in die Politik und in die öffentliche Verwaltung stärken und
- Zeit und Kosten bei der Umsetzung von Politiken, Plänen, Programmen und Rechtsakten sparen.<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft / Bundeskanzleramt (Hrsg.); Arbter, K. (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Praxisleitfaden, Wien.

## 10. Literaturverzeichnis

Gabriel, O. W. (2011): Funktionen politischer Beteiligung für das politische System. Verfügbar unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/5963/pdf/gab24.pdf>, [01.09.2013]

Martinsen, R. (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Marcinkowski, F. / Pfetsch, B. (2009): Politik in der Mediendemokratie, PVS Sonderheft 42, Wiesbaden, S. 37-69.

Müller, P. (2014): Eine offene Bürgergesellschaft. In: Kompetenzzentrum Öffentliche IT, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS (Hrsg.) (2014): Menschen in der digitalen Gesellschaft, S. 6.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft / Bundeskanzleramt (Hrsg.); Arbter, K. (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Praxisleitfaden, Wien. Verfügbar unter: [http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/Standards\\_OeB/praxisleitfaden\\_2011\\_72dpi\\_web.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/praxisleitfaden_2011_72dpi_web.pdf)

Schaller, C. (2002): Demokratie ist nicht Demokratie. In: Dachs, H. / Fassmann, H. (2002): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien. öbv & hpt Verlag, Wien, S. 14-21.

Stiftung Digitale Chancen / Institut für Informationsmanagement Bremen (2011): Leitfaden Bürgerbeteiligung - barrierefrei erfolgreich, Bremen, S. 45 ff.



→ positive Einschätzung von Online-Beteiligungsformaten

„Die Internetseite ist da eben nicht mehr unbedingt der letzte Schrei. Und deshalb ist es gut, wenn man tatsächlich neue Wege einschlägt und vielleicht findet man tatsächlich auch in diesem Verfahren etwas Geeignetes, wo man sagt, technisch machbar in unserem Hause, unsere Techniker sagen auch, das finden wir auch gut, das können wir leisten, die Finanzen und die Möglichkeiten sind da, um solche Dinge zu initiieren.“  
BB0\_016

„Das ist nicht viel, genau. Und deswegen wäre so eine Online-Form die Möglichkeit, dass man da mehr Themen reinbringen kann, die Leute da informieren kann und die Leute selber auch sagen können, hier, das ist ein Thema und da würden wir gerne.“ BB0\_015

„Das glaube ich, ich glaube es auch deshalb, weil der Charakter der Nutzung von Medien sich verschiebt. Innerhalb von Altersgruppen, aber natürlich auch mit Altersgruppen. Und wer schon heute sagt, ich käme nicht auf die Idee, mir einen Haufen Papier in den Briefkasten stecken zu lassen, es gibt genug, wo ich das auf mein Display kriege, die neigen dann natürlich auch eher zu solchen Dingen, wo sie rückkoppeln können, wo sie Stellung nehmen können. Und deswegen glaube ich, sind die Bereitschaft und die Fähigkeit mit so etwas umzugehen sowieso ein Prozess, in dem wir uns befinden.“ BB0\_003

„Wie gesagt, in diesem Falle habe ich mich dafür ausgesprochen, dass man das versucht. [...] Und bei dem hier wird es auch einen Anfang geben und irgendwann möglicherweise mal Stellungnahmen öffentlich, dass Abgeordnete sagen, hier hat uns wirklich interessiert und bewegt, was Bürger dazu gesagt haben. Was vielleicht dann anregt, dass sich mehr Leute damit beschäftigen.“ BB0\_003

„Das ist Bürgertransparenz. Absolut.“ BB0\_016

„Liquid Feedback ist erst mal nix anderes als das, was es ist, nämlich eine Form, sich online-basiert am Meinungsbildungsprozess im Landkreis Görlitz zu beteiligen. Und das reicht mir als politische Motivation völlig aus, um zu sagen, wir machen's.“ BB0\_006

## Impressum

### Herausgeber:



Landkreis Görlitz / Landratsamt  
Amt für Kreisentwicklung  
Bahnhofstraße 24  
02826 Görlitz

Telefon: 03581 663-3300  
E-Mail: [kreisentwicklung@kreis-gr.de](mailto:kreisentwicklung@kreis-gr.de)  
Internet: <http://www.kreis-goerlitz.de>  
<http://www.strategie-lkgr.de>

### Redaktion:

Holger Freymann (Amtsleiter Kreisentwicklung)

### Wissenschaftliche Begleitung:

Hochschule Zittau/Görlitz  
TRAWOS Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung  
Direktor: Prof. Dr. Stefan Kofner

### AutorInnen:

Katrin Treffkorn (Mitarbeiterin Hochschule)  
Sandy Marschke (Mitarbeiterin Amt für Kreisentwicklung)

### Stand:

August 2014

### Druck:

Landratsamt Görlitz

### Gestaltung:

Katrin Treffkorn, Sandy Marschke

### Titelbild:

fotogestoeber – Fotolia.com

### Auflage:

250 Stück, 1. Auflage, November 2014

### Copyright:

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt.  
Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

